

SPD für städtischen Energieberater

Von Manfred Görgen, 20.01.09, 09:51h

Ulrich Kelber, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, sprach über Energie- und Umweltpolitik.



Ulrich Kelber von der Bundes-SPD (Bild: Görgen)

BAD MÜNSTEREIFEL Wie bereits in den vergangenen Jahren hatte die SPD Bad Münstereifel auch in diesem Jahr zum Neujahrsempfang geladen. Unter dem Motto „Regenerative Energien und Energieeffizienz in Bad Münstereifel“ diskutierten etwa 50 Gäste über Möglichkeiten und Grenzen alternativer Energien und Einsparpotenziale in Bad Münstereifel.

Nachdem der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ulrich Kelber, als Experte für Energie- und Umweltpolitik einen kurzen Überblick über

bundespolitische Entwicklungen und aktuelle Fördermöglichkeiten gegeben hatte, diskutierten die Anwesenden angeregt über kommunale Ansätze. Als besondere Gäste reihten sich der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Uwe Schmitz, und die Vertreter der Bürgerinitiative „Nachhaltige Stadtentwicklung“ Norbert Heckelei und Thomas Schiefer in die Reihe der Diskutanten ein.

Insbesondere die Möglichkeit eines kommunalen Blockheizkraftwerks und die Idee einer Solarsiedlung auf der Fläche des Sportplatzes wurden intensiv diskutiert. Einhellig stimmten alle Anwesenden überein, dass ein städtischer Energieberater sowohl für die Stadt als auch für die Bürgerschaft ein wichtiger Baustein für die weitere Entwicklung sei. Ein solcher Berater sollte Ansätze für städtische Projekte entwickeln und deren Umsetzung begleiten.

Im Nachgang zu dem Empfang hat die SPD-Fraktion die Einstellung eines solchen Energieberaters bereits als Antrag in den politischen Raum eingebracht. „Entgegen der Politik von Bürgermeister Büttner und der CDU, viel anzukündigen und wenig umzusetzen, wollen wir jetzt einen konkreten Schritt machen, um die Potenziale von Einsparungen und alternativer Energiegewinnung zu nutzen“, beschreibt Thilo Waasem, Vorsitzender der kurstädtischen SPD, den Antrag. Es sei wichtig das nötige Fachwissen zusätzlich in die Verwaltung zu holen, damit die Mitarbeiter der Stadt nicht mit noch weiteren Aufgaben belastet werden, stimmte Michael Nücken, der gemeinsame Bürgermeisterkandidat von SPD, FDP und UWV, ihm zu.

<http://www.ksta.de/jks/artikel.jsp?id=1231945314932>

Copyright 2009 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.